

„Eine neue Normalität“

Auch Wirtschaftsminister Jeannot Krecké, der bereits seit Jahren für eine Diversifizierung und eine Re-Industrialisierung der Wirtschaft predigt, ist eher pessimistisch eingestellt. „Jeder redet von der Rückkehr zum Wachstum – aber ich glaube nicht daran“, sagte er im Rahmen der „Journées de l'économie“.

Mit niedrigen Zinsen, niedrigen Ölpreisen, sowie mit einer niedrigen Inflation und staatlichen Konjunkturprogrammen sei Wachstum einfach. Aber Zinsen, Ölpreise und Inflation werden wieder steigen, und die Konjunkturprogramme auslaufen. „Die Krise geht weiter“, meint er. Und dabei handle es sich nicht um eine konjunkturelle – sondern um eine strukturelle Krise. „Wir haben eine neue Normalität“, so der Minister. Man braucht sich nur die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Luxemburg anzuschauen.

„Die Deindustrialisierung und die Verlagerung von Fabriken geht weiter.“ Hinzu käme noch Europas demografisches Problem. „In 20 bis 30 Jahren werden wir nicht mehr genug Arbeiter und Ingenieure haben“, sagte er. Und verglichen mit der Entwicklung in den Schwellenländern sei das ein Problem.

Die Rohstoffe seien ebenfalls ein Problem. Fast alles werde importiert – und die Preise steigen. In Europa gebe es nur noch Kohle – und „die wird aus Umweltgründen verteufelt“.

Auch wenn die Börsen jetzt steigen, „so kann man jedoch nicht darauf bauen“,



meint der Minister. Das, was sich auf den Märkten abspiele, mache einfach keinen Sinn. „Warum wird so viel über Griechenland geredet – die stellen nur drei Prozent der Schulden der Euro-Zone dar. Und warum haben sie jetzt Spanien im Visier – wo in den letzten Jahren so viele Fortschritte gemacht wurden.“

Zudem regt der Minister sich über die verzweifelte Suche nach Schuldigen für die aktuelle Krise auf. Die Krise ist nicht wegen Staatsfonds, Finanzparadiesen, oder Bonuszahlungen entstanden. Diese Themen anzugehen beruhige höchstens die Menschen. „Mit unseren wirklichen Problemen haben diese Themen reichlich wenig zu tun.“

Zudem kritisiert Luxemburgs Wirtschaftsminister, wie auch Patrick Artus, die fehlende Zusammenarbeit zwischen Ländern und Kontinenten. „Der Protektionismus ist auf dem Vormarsch.“ Selbst in Europa sei man dabei, die Finanzmärkte wieder zu nationalisieren. cm